

Bericht über die Entwicklung in POLEN

Juni 1962

I. <u>Politische Ereignisse</u>	Seite: 1
1) Führungswechsel in der Bauernpartei	1
2) Guter Bauer oder nur Parteifunktionär?	4
3) GOMULKA vor den "Friedenskämpfern"	5
4) SPD- Parteitag im Spiegel der polnischen Presse	8
5) Affronten und ... Reverenzen	10
6) Flüchtlingsbewegung nach Osten	12
II. <u>Wirtschaft</u>	14
1) Internationale Handelsmesse in Posen	14
2) Technischer Fortschritt zwischen Spaten und Automaten	15
III. <u>Soziale Probleme</u>	17
Was taugt ein Fragebogen?	17

- - - - -

I. Politische Ereignisse

1) Führungswechsel in der Bauernpartei

Erst in den letzten Wochen konnte man sich ein vollständigeres Bild über die Reichweite und Bedeutung des Ende Mai vollzogenen Führungswechsels in der Bauernpartei machen. Das Grundelement der erwähnten Vorgänge, war zweifellos die persönliche Rivalität zwischen dem gestürzten Parteichef Stefan IGNAR und seinem Nachfolger Czeslaw WYCECH. Der letztere nützte dabei die Tatsache, daß IGNAR angeblich gewissen nicht gerade kommunisten-freundlichen Tendenzen desunteren und mittleren Parteiaktivs nicht mit genügender Energie entgegentrat, ja, sie sogar in den letzten Jahren schweigendduldetete.

Daß diese Tendenzen zur Selbständigkeit, zur Abschüttelung der kommunistischen Bevormundung in der breiten Masse der Parteimitglieder vorhanden sind und immer wieder zum Vorschein kamen, ist eine unbestrittene Tatsache. Eine ebenso unbestrittene Tatsache war aber, daß es die Parteileitung seit der Gleichschaltung der Bauernbewegung in Polen im Jahre 1949 nicht wagte diesen Tendenzen Vorschub zu leisten. Nach dem Oktober 1956 wollten manche Aktivisten der Bauernbewegung die Schwächung der kommunistischen Partei ausnützen, um volle politische Bewegungsfreiheit für ihre Partei zu erlangen. Es waren die Führer der Bauernpartei, die dagegen auftraten und auch die meisten überzeugten, daß solche Wünsche niemals verwirklicht werden können. Der Parteichef IGNAR (seit 1957) und seine Mitarbeiter, unter denen sich immer WYCECH befand, waren sich jahrelang bei der Bekämpfung solcher Tendenzen, trotz aller persönlicher Differenzen, einig. Wenn die Vorwürfe WYCECHS stimmen, daß IGNAR in letzter Zeit Selbständigkeitstendenzen im Parteiaktiv duldetete oder nicht ausreichend bekämpfte, so würde das eine weitgehende Wandlung in der Haltung des gestürzten Parteichefs voraussetzen. Es gibt politische Beobachter in Warschau, die der Meinung sind, daß dies tatsächlich der Fall war. Der Verdacht liegt aber nahe, daß die politischen Gegner IGNARS manches stark übertrieben haben, um seinen Sturz zu ermöglichen.

Dafür spricht die Tatsache, daß IGNAR seinen Posten als stellvertretender Ministerpräsident behalten und gerade in den letzten Wochen eine starke Aktivität entwickelt hat. Er war u.a. einer der Hauptredner der Regierung am "Tage des Bauern", der am 9. Juni gefeiert wurde.

Der neue Parteichef, Czeslaw WYCECH, nützte übrigens den "Tag des Bauern", um mit einem programmatischen Artikel hervorzutreten, der in dem kommunistischen Parteiorgan "Trybuna Ludu" veröffentlicht wurde, was seine Bedeutung noch mehr unterstrich. In dem Artikel sprach sich WYCECH dafür aus, daß der traditionelle Bauerntag in Zukunft als Tag der Verbrüderung zwischen Bauern und Arbeitern bezeichnet wird.

Der bezeichnendste Teil des Artikels ist den Perspektiven der Zukunft der Bauernpartei gewidmet. Die Gedankengänge WYCECHS sind hier äusserst interessant. Nachdem er festgestellt hat, daß bei der sozialen Umgestaltung des polnischen Dorfes und bei der Durchführung der Gesamtpolitik des Staates die Bauernpartei den "gleichen Anteil" wie die PZPR hat, schreibt er weiter:

"Und trotzdem, wenn man von Möglichkeiten und Perspektiven der Bauernparteien im sozialistischen System spricht, wird gleich von unseren Feinden ein kommunistisches Schreckengespenst hervorgeholt. Sie behaupten, in diesem System gäbe es angeblich keinen Platz für andere Parteien außer der kommunistischen. Dabei berufen sie sich auf den Zerfall der Bauernparteien in Rumänien, Ungarn, der Tschechoslowakei oder Jugoslawien."

"Dieses Beispiel beweist aber überhaupt nichts. Die erwähnten Parteien brachten sich selbst zu Fall, indem sie eine feindliche Haltung gegenüber der Volksmacht eingenommen haben. Dort jedoch, wo die Bauernparteien begriffen und anerkannt haben, daß das sozialistische System ihr eigenes System ist, also in Polen, Bulgarien oder der DDR, existieren sie nicht nur, sondern entwickeln sich auch weiter. Ihr Wirkungsbereich wird von niemanden bedroht."

"Mehr noch; Die Arbeiterbewegung will in ihnen auch in Zukunft den engsten Verbündeten und Mitkämpfer sehen. Das bestätigte ausdrücklich der I. Sekretär des ZK der KPdSU, N. S. CHRUSCHTSCHOW, in einem Brief an den XXX. Kongreß der Bulgarischen Bauernpartei."

Wie man sieht richtet WYCECH an die polnischen Bauern gleichzeitig eine Warnung und ein Versprechen. Die Warnung bezieht sich auf Parteiaktivisten, die in kommunistenfeindlicher Haltung beharren wollen. Für eine regimefeindliche Bauernpartei gibt es keinen Platz in Polen. Wenn aber die Bauernpolitiker auf jeden Gedanken an die politische Selbständigkeit verzichten und ihrem kommunistischen Vormund immer brav folgen, so besteht die Aussicht, daß ihre Partei weiterhin die Rolle einer Satelliten-Partei spielen kann.

Was sich auch hinter den Kulissen bei dem Wechsel in der Parteiführung abgespielt hat, eines steht fest: Die neue Parteileitung unter WYCECH wird besser aufpassen, als die unter IGNAR, damit in den Reihen des Parteiaktives jede kommunistenfeindliche Tendenz verstummt. Dafür wird nicht nur der neue Parteichef sorgen, sondern auch noch ein Mann, der immer als besonders kommunistenhörig galt: Jozef OZGA-MICHALSKI. In der stalinistischen Zeit spielte er in der Partei eine führende Rolle, seit Oktober 1956 wurde er mehr in den Hintergrund gespielt, obwohl er nominell einen hohen Posten in der Parteileitung behielt. Am 8. Juni brachte die Presse eine Information darüber, daß er auf den Vorsitz im "Zentralverband der Bauernzirkel" verzichtet, weil er sich in Zukunft in gesteigertem Maße der Parteiarbeit widmen wird. Das heißt viel...

Eine besondere Bedeutung werden die letzten Vorgänge in der Bauernpartei auf die im Verband der Dorfjugend organisierten jungen Bauern haben. Dieser Verband wird politisch gemeinsam von der Vereinigten Arbeiterpartei und der Bauernpartei ausgerichtet.

Die "Separatisten" unter den Bauernaktivisten dachten immer daran, sich dem Jugendverband allein unterzuordnen und die Kommunisten von dem Einfluß auf die Bauernjugend auszuschließen.

Für die Kommunisten war dieses Unterfangen eine Herausforderung. Ihre Taktik ist es bekanntlich, durch den Verband der Dorfjugend die jungen Menschen auf dem Lande in den Griff zu bekommen. Wir ihnen diese Möglichkeit nehmen will, muß als gefährlichster Feind betrachtet werden, dem man keinen Pardon gibt. Die neue Leitung der Bauernpartei wird daher mit aller Schärfe gegen jene vorgehen müssen, die mit dem Gedanken gespielt haben, die alte Jugendbewegung "Wici" zu reaktivieren.

Im übrigen fehlt es nicht an Hinweisen aus Warschau, daß in den letzten Monaten auch Moskau Besorgnis über das Vorhandensein antikommunistischer Ressentiments in der polnischen Bauernpartei geäußert hat. Ob das der Wahrheit entspricht, läßt sich augenblicklich nicht feststellen. Die kommunistische Führung in Polen hat sich jedenfalls nach außen hin bei dem letzten Führungswechsel in der Bauernpartei neutral verhalten und sich jeder Mißfallens- oder Gefallensäußerung enthalten. Für die Außenstehenden mußte der Eindruck entstehen, daß es sich lediglich um eine interne Parteiangelegenheit der Bauernpolitiker handelt.

2) Guter Bauer oder nur Parteifunktionär?

Wer soll die Kommunisten auf dem Lande vertreten, darüber zerbricht man sich seit langem den Kopf in der Leitung der Polnischen Arbeiterpartei, trotz aller Anstrengungen der letzten 18 Jahre keinen festen Fuß im Dorf fassen konnte. Unter polnischen Bauern ist ein Kommunist ein Fremdkörper geblieben. Darin hat sich seit dem Kriegsende nichts geändert.

Auf der Suche nach der Ursache dieser Mißerfolge ist man in Warschau auf den Gedanken gekommen, daß man vielleicht bisher falsche Leute ausgesucht hat, damit sie die Sache der Partei auf dem Lande vertreten. Die Mitglieder der Kommunistischen Partei im Dorfe waren entweder frühere Gutsarbeiter oder Techniker aus Maschinen-Traktoren-Stationen. Sehr selten gab es ein Parteimitglied, daß Besitzer eines Bauernhofes war. Wo dies aber der Fall war, handelte es sich in der Regel um einen Bauern, der sich wenig um seinen Hof kümmerte, weil er den Parteifunktionär spielen mußte. Die Höfe dieser "Parteibauern" boten und bieten noch immer ein trauriges Bild der Vernachlässigung. Die "Parteibauern" waren und sind aus diesem Grunde im ganzen Dorfe Objekt der Verachtung und Verspottung. Jeder Bauer, der etwas auf sich hält, betrachtet sie als Versager. Dabei hat ihnen die Partei die Rolle zugebracht, dem ganzen Dorfe den Weg in die Zukunft zu weisen und allen ein leuchtendes Beispiel zu sein...

Man ist heute in der Parteileitung zu der Einsicht gekommen, daß man einen schweren psychologischen Fehler begangen hat. Wer Bauern für die Partei gewinnen will, muß ihnen imponieren können.

In der ersten Nachkriegszeit war die Parteiaktivität für die Beurteilung eines jeden Mitgliedes durch die Vorgesetzten maßgebend. Heute reicht das nicht mehr aus. In Polen besteht nach wie vor der überwiegende Teil der Landwirtschaft aus Einzelbauernhöfen. Wer Bauern gewinnen will, muß erst beweisen, daß er auch etwas von der Landwirtschaft versteht. Die Höfe der Parteimitglieder müssen also zu den besten im Dorfe gehören.

"Kleine Aufgaben sollen das gemeinsame, große Ziel näher bringen" - schreibt "Trybuna Ludu" am 8. Juni in einem Artikel, der "Bauer mit Parteibuch" betitelt ist. Nach Wunsch der Partei soll es ein echter und wirklich Bauer sein.

3) GOMULKA vor "Friedenskämpfern"

Mitte Juni tagte in Warschau der Polnische Friedenskongreß, auf dem Delegierte für den kommenden Weltfriedenskongreß in Moskau gewählt wurden. Zu den Hauptrednern in Warschau gehörte der Parteichef GOMULKA, der sich in seiner Ansprache hauptsächlich mit Problemen der Koexistenz und der deutschen Frage beschäftigte.

Schon LENIN hätte die Idee der friedlichen Koexistenz aller Staaten entwickelt, behauptet der polnische Parteichef. Damals seien aber die Umstände für die Verwirklichung dieses Gedankens nicht günstig gewesen, man habe LENINS Vorschlag als Beweis der Schwäche der Sowjetunion betrachtet und zurückgewiesen. Heute lägen die Dinge anders. Niemand werde behaupten können, daß das sozialistische Lager deshalb von der Koexistenz spreche, weil es sich schwach fühle. Gerade die Stärke der sozialistischen Staaten sei die Ursache dafür, daß friedliche Koexistenz in die Sphäre der "realen, historischen Möglichkeiten" gerückt sei.

Der Kampf um Frieden müsse alle Menschen vereinigen, die guten Willens seien. GOMULKA äußerte sich anerkennend über den Papst, der am Ende des vergangenen Jahres zweimal an die Regierungen appelliert habe, den Frieden zu erhalten.

Die Lösung des deutschen Problems gehöre zu den vordringlichsten Aufgaben:

"Für alle ist es heute klar geworden, daß es ohne die Lösung der deutschen Frage, ohne Friedensvertrag mit Deutschland und der damit verbundenen Regelung der Westberlin-Frage, keine Verminderung der Kriegsgefahr in Europa geben kann."

"Wir halten es nicht für unmöglich, meinte Gomulka, daß eine Verständigung in der Berlinfrage erricht werden kann, wenn die Westmächte realistisch handeln würden. Man muß eine Lösung finden, die für beide Seiten annehmbar ist und zur Liquidierung des Besatzungsregimes in Westberlin führt."

"Nicht realistische Wünsche und Voraussetzungen muß man aufgeben. Die Tatsachen müssen anerkannt werden, also die Tatsache der Existenz der DDR, der endgültige Charakter der Oder-Neiße-Grenze, die unabwendbar geworden ist, und überhaupt die Endgültigkeit der deutschen Grenzen."

Bei der Besprechung des deutschen Problems wiederholte GOMULKA im allgemeinen die gleichen Vorschläge und Anklagen, die er in den letzten drei Jahren aufstellte. Und doch gab es einen bemerkenswerten Unterschied im Vergleich zu früheren Reden. Dieser Unterschied lag im Ton. Die Formulierungen des polnischen Parteichefs waren, wenn er von der Bonner Politik sprach, viel gemässiger und niemals ausfallend.

In informierten Warschauer Kreisen führt man diese Mässigung des polnischen Parteichefs auf zwei Tatsachen zurück:

- 1) Warschau hat die Hoffnung auf eine Normalisierung der Beziehungen mit Bonn nicht endgültig begraben. In der polnischen Hauptstadt glaubt man, daß die politische Entwicklung in der Bundesrepublik und auch gewisse Tendenzen bei den westlichen Verbündeten vielleicht in nicht allzulanger Zeit zur Aufgabe der jetzigen ablehnenden Haltung der offiziellen Bonner Kreise führen wird. Polen wird zwar nicht die Initiativen ergreifen, um diese Entwicklung zu beschleunigen, will aber durch eine etwas günstigere Atmosphäre für die Möglichkeit zu Gesprächen schon jetzt sorgen.
- 2) Manche seiner engsten Mitarbeiter, unter ihnen auch Außenminister Rapacki, sollen Gomulka überzeugt haben, daß allzu heftige Ausfälle gegen die Bundesregierung in der westlichen Welt nicht den gewünschten Anklang fänden, sondern sich gegen Polen auswirkten. Oft sei es polnischen Diplomaten und Politikern im Ausland so ergangen, daß sich gute Ansatzpunkte für Kontakte an Gomulkas Brandreden zerschlugen. Polens Stimme, so argumentierten die Ratgeber Gomulkas, werde im Ausland nur dann gehört, wenn man den Bogen nicht überspanne und seinerseits realistisch argumentiere.

GOMULKA ging auch auf die Ergebnisse der Konferenz der Komekon-Staaten in Moskau ein. Er sprach in diesem Zusammenhang von "wichtigen Beschlüssen" über die Erweiterung und Vertiefung der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit der Ostblockstaaten:

"Die Bedeutung dieser Beschlüsse ist um so größer, da in den kapitalistischen Staaten die Tendenzen zur Verschärfung des wirtschaftlichen und politischen Kampfes gegen die sozialistischen Länder Oberhand nehmen. Die sozialistischen Staaten sind gegen die Errichtung von Barrieren und Bildung von geschlossenen Wirtschaftsblöcken, die manche Länder privilegieren, andere aber diskriminieren. Obwohl wir also unsere Zusammenarbeit vertiefen, werden wir gleichzeitig danach streben, mit allen Ländern, unabhängig davon, welches gesellschaftliche System in ihnen herrscht, vielseitigen Handel zu treiben, und andere wirtschaftliche Beziehungen zu entwickeln, und zwar auf der Basis der Gleichheit und der beiderseitigen Vorteile. Eine solche Haltung entspricht nämlich im vollen Umfang den friedlichen Zielen unserer Politik und den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz."

Bekannterweise betrachtet man in Warschau die fortschreitende wirtschaftliche Integration Westeuropas mit größter Beunruhigung, weil man davon Nachteile für den polnischen Außenhandel (insbesondere den Export der landwirtschaftlichen Produkte) befürchtet.

4) SPD-Parteitag im Spiegel der polnischen Presse

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgt die polnische Presse alle wichtigeren politischen Vorgänge in der Bundesrepublik. Unabhängig von den üblichen Agenturberichten brachten die meisten polnischen Zeitungen und Wochenblätter zusätzliche eigene Korrespondenzen oder Kommentare über den letzten Parteitag der SPD in Köln.

"Es wird immer klarer," schrieb die Wochenzeitschrift "Przeglad Kulturalny" am 21. Juni, "die SPD will nicht länger auf der Bank der Opposition sitzen, und zwar nicht nur im Bundestag. Der Kölner Parteikongreß, der unter der erfahrenen Regie Herbert Wehners vor sich ging, brachte einen einzigen großen Schrei des Opportunismus. Und die Rede Willy Brandts, diesmal deutlich unterstützt von Erich Ollenhauer (bisher Schutzherr der 'gemäßigten Mitte') bestätigte noch einmal die traurige Wahrheit: Die SPD läßt sich von einer Strömung treiben, die sie offensichtlich in den Sumpf des Opportunismus bringt."

"Ollenhauer, Brandt und Wehner, sie haben sich gegenseitig überboten, um dem deutschen Bürgertum zu zeigen, daß die Zeit längst vorbei ist, als man die Sozi-aldemokraten für 'vaterlandslose Gesellen' hielt."

"Nicht wenig Energie brauchte Wehner, um die Opposition in den eigenen Reihen zum Schweigen zu bringen. Diese stumme Opposition machte sich nur noch dadurch bemerkbar, daß sie gegen Wehner stimmte. Der Mann, der sich aus dem Sprecher des linken Flügels in den Wortführer des rechten verwandelte, bekam dadurch seine ihm gebührende Quittung. Aber seine Politik der 'Wendung nach rechts' hat überdauert."

Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" schrieb am 4. Juni 1962:

"Auf diesem Kongreß wurde viel über den 'neuen Stil' der SPD gesprochen, der in Wirklichkeit nichts weiter als der alte, ausgediente Opportunismus der rechtseingestellten Leitung dieser Partei ist."

"Der neue Stil und die neue Linie dieses Kongresses äußerten sich in der öffentlichen starken Betonung dessen, was die Sozialdemokratie mit der Politik der bürgerlichen Parteien verbindet, und nicht dessen, was trennt, was unterscheidet, was eine Alternative ermöglicht."

"In der Plenarsitzungen gähnte es vor Langeweile und Stille. Es gab keine Diskussionen über die einzelnen Referate, obwohl sie eine solche Ladung politischen Opportunismus' enthielten, daß sie selbst nach der Situation, die durch den Hannoverschen Parteitag entstanden ist, eine Entgegnung erfordert hätten. Was wir während der Diskussion in den Arbeitsausschüssen ... hörten, glich im Grunde genommen einem schüchternen Protest und nicht einer Kritik. Aber auch diese Stimmen riefen sofort das Feuer der schwersten Kanonen hervor. Brandt, Erlner und Carlo Schmid hielten es für richtig, die einzelnen widersprechenden Stimmen brutal zu erdrücken."

"Wenn während des Parteitages, in den Wandelgängen, in den Ausschüssen viele Delegierte über die Unruhe klagten, die in den Parteimassen herrscht, wenn sie darüber berichteten, daß die Funktionäre sich während der Parteiversammlungen unsicher fühlen, daß die Jugend klare Antwort über die Zukunft der Partei verlangt, so waren alle diese Klagen und Befürchtungen Begleiterscheinungen eines stillen 'Marsches auf Bonn'."

Auch das Organ der "fortschrittlichen Katholiken" der PAX-Gruppe, "Słowo Powszechnie", widmete dem SPD-Kongreß einen längeren Beitrag. Dort hieß es u.a.:

"Die deutsche Sozialdemokratie war während ihrer langen Geschichte die Bühne, auf der sich drei Richtungen bekämpften: Rechts-reformistische, zentristische und linksradikale. Sie wurden von drei bedeutenden Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung verkörpert: Bernstein, Kautsky und Liebknecht. Nach dem Abfall des linken Flügels (Spartakus), aus dem die KPD hervorging schwankte das Zünglein der Waage immer zwischen Zentrismus und Reformismus. Beim Wiederaufbau der Sozialdemokratie in Westdeutschland nach dem Kriege wollte ihr Schumacher einen zentristischen Charakter geben, aber nach seinem Tode kam der Prozeß der Wendung nach rechts unter der vollständigen Trennung von Marxismus und Klassenlehre immer mehr zum Vorschein."

"Der Kölner Parteikongreß bewies eine absolute Grundlosigkeit der von Zeit zu Zeit erhobenen Insinuationen, daß sich die westdeutsche Sozialdemokratie nur aus taktischen Gründen verstelle. In Wirklichkeit machte sie eine echte Wendung nach rechts und verwandelte sich in eine typische kleinbürgerliche Partei."

5) Affronte... und Reverenzen

Sehr ungehalten zeigte sich der antierende Ministerpräsident der Sowjeten Willy STOPH, als er auf dem Rückwege aus Moskau kommend (wo er der Komkonferenz beiwohnte) in Warschau zu einem mehrtägigen Besuch landete. Auf dem Flugplatz Okecie erschien zur Begrüßung des sehr selbstbewußten Pankower Gastes nur der wenig einflußreiche Vize-Premier Polens, Eugeniusz SZYR. Willy STOPH hatte natürlich damit gerechnet, daß Ministerpräsident CYRANKIEWICZ ihn am Gangway erwarten würde. Weil es nicht so kam, fühlte er sich beleidigt und herabgesetzt und trug während der ganzen Dauer des Besuches ein beleidigtes Gesicht zur Schau....

Die protokollarische Unaufmerksamkeit der sonst so gastfreundlichen Polen war beabsichtigt. Sie war eine Entgegnung auf unzählige Affronte ULBRICHTS.

die fast alle Besuche aus Polen nach dem Oktoberumschwung begleiteten. Gerade der Ministerpräsident Polens, CYRANKIEWICZ, war in den vergangenen Jahren besonders oft Zielscheibe dieser Pankower Sticheleien gewesen. Im Gegensatz zum mimosenhaft empfindlichen Willy STOPH nahm sie der robuste Pole mit geübter Gelassenheit, ja fast Humor. Als ein polnischer Zeitungskorrespondent nach der Feier zum 10. Jahrestag der Gründung der "DDR" seine Bestürzung über die Behandlung des polnischen Premiers durch die Pankower Prominenz aussprach, antwortete ihm CYRANKIEWICZ kalt: "Wenn Sie hier als Pressekorrespondenz akkreditiert sind, dürften Sie über solche Vorgänge eigentlich gar nicht überrascht sein."

Daß man aber in Warschau Willy STOPH die kalte Schulter zeigte, hat noch andere Gründe als nur Revanche für ähnliche Behandlung der Polen im ULBRICHT-Staate. Wenige Tage vorher trafen sich die Delegierten Polens und Pankows in Moskau während der Sitzung des Komekons. Dort griff GOMULKA scharf die mangelnde Zusammenarbeit zwischen manchen sozialistischen Staaten an und sprach darüber, welche Konsequenzen das beispielsweise für die Wirtschaft seines Landes hat, wenn seine Handelspartner ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllen. Gemeint war die Sowjetzone, die wegen des völligen Zusammenbruchs ihrer Wirtschaftsplanung viele Lieferungen für Polen stoppen mußte. Diese Situation dauert schon seit fast einem Jahr an und verursacht empfindliche Störungen in der Fertigstellung zahlreicher Investitionen in Polen.

Ganz im Gegensatz zum kalten Empfang für Willy STOPH stand die betonte Herzlichkeit, mit der dieselben Polen wenige Tage später eine Delegation der ostzonalen Volksarmee mit dem Verteidigungsminister Heinz HOFFMANN in ihrem Bunde begrüßten. Diesmal wurde die protokollarische Korrektheit bei weitem überboten. HOFFMANN und seine Generäle wurden von GOMULKA und CYRANKIEWICZ empfangen, sie besuchten zahlreiche Provinzstädte, man veranstaltete ihnen

zu Ehren Massenveranstaltungen, Ihre Bilder erschienen täglich in der Presse, die fast eine Woche lang ausführlich und in einem freundschaftlichen Ton über alle Einzelheiten des Besuches berichtete.

In politischen Kreisen Warschaus glaubt man, daß die Polen durch ostentativ freundlichen Empfang der prominenten Volksarmisten noch mehr betonen wollten, daß die Differenzen zwischen Warschau und Ostberlin sich auf der politischen Ebene abspielen und sich auf dem Gebiete der militärischen Kontakte möglichst nicht auswirken sollen, weil das den unmittelbaren Interessen der beiden Partner zu sehr schaden könnte. Man vermutet auch, daß Moskau einen "sanften Druck" auf Warschau ausgeübt hat. Die Sowjets sind mehr denn je daran interessiert, daß persönliche oder taktische Differenzen nicht die militärische Geschlossenheit des Ostblocks antasten.

6) Fluchtbewegung nach Osten

Auch in unserer an Paradoxen nicht gerade armen Zeit rief die Nachricht, daß zahlreiche Deutsche aus einem Lande, das sich "Deutsche Demokratische Republik" nennt und immerhin von Deutschen verwaltet wird, ins kommunistisch regierte Polen flüchten und um Schutz bitten, Bestürzung hervor. In manchen Fällen handelte es sich um die gleichen Personen, die nach dem verlorenen Krieg aus den Oder-Neiße-Gebieten ausgewiesen wurden. Daß sie diesen Fluß noch einmal in östlicher Richtung überschreiten mußten, verdanken sie den unter ULBRICHTs Diktatur entstandenen Zuständen. Im Vergleich dazu erschien ihnen auch das heutige Polen fast wie ein Paradies.

Polen bildet im Ostblock eine Oase der relativ großen Freiheit, und das Leben dort kommt vielen in der "DDR" Verfolgten wie eine Befreiung von einem Alptraum vor, wenn auch der Lebensstandard niedrig ist. Für die polnische Regierung schafft aber diese Fluchtbewegung der Ulbricht-Untertanen viele heikle Probleme. Schließlich handelt es sich um eine höchst gefährliche Tendenz und keiner der Nachbarn Polens kann wünschen, daß diese Vorgänge im Ostblock Präzedenz-Charakter bekommen.

Es ist für Warschau auch eine Belastung für die ohnehin schlechten Beziehungen mit dem Pankower Regime. Die sowjetzonalen Botschaft hat es nicht versäumt, gegen die Aufnahme von Flüchtlingen zu protestieren und ihre Auslieferung zu verlangen. Diesem Wunsche konnten sich die Polen lange Monate dadurch entziehen, daß sie genaue "Überprüfung" der Papiere vortäuschten. Ewig werden sie sich mit dieser Überprüfung nicht ausreden können. In Warschauer Kreisen ist man der Meinung, daß GOMULKA sich einem generellen Auslieferungsverlangen widersetzen wird. Er besitzt einen spezifischen Sinn für Gerechtigkeit und betrachtet die Flüchtlinge als Opfer eines Regimes, daß auch ihm zuwider ist.

Das alles bedeutet natürlich nicht, daß Polen mit offenen Armen die Flüchtlinge aus dem Herrschaftsgebiet ULBRICHTS empfängt. Man möchte sie nicht gerne Verfolgungen aussetzen, die sie bei Auslieferung an den SSD erwarten. Am liebsten möchte man aber, daß sie überhaupt nicht nach Polen flüchten, weil das für Warschau unangenehme Probleme schafft und man auch jeder Zeit damit rechnen muß, daß sich die Sowjets in die Angelegenheit einschalten werden.

In Moskau hat man noch nicht vergessen, daß in den Jahren 1957-59 im Rahmen der Repatriierung von Polen aus der Sowjetunion GOMULKA auch einige Zehntausend sowjetische Juden in sein Land kommen ließ, die nach kurzem Aufenthalt nach Israel übersiedeln durften.

II. Wirtschaft

1) Internationale Handelsmesse in Posen

Die diesjährige Posener Handelsmesse, die wie immer im Juni stattfand und zwei Wochen dauerte, unterschied sich von den früheren Messen dadurch, daß man sich polnischerseits besondere Mühe gab, sie als Treffpunkt zwischen Ost und West zu gestalten. Hohe Vertreter des polnischen Ministeriums für Außenhandel äußerten mehrere Male die Zuversicht, daß die Posener Messe nicht nur die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und dem Ausland dienen wird, sondern daß die ausstellenden Länder die Messe dazu ausnützen, untereinander Kontakte auszubauen.

Ausstellerstaaten gab es 59 und die Zahl der Ausländischen Messebesucher erreichte die Zahl von 9.000 Personen. Die Masse der Schaulustigen während der Messe bildeten naturgemäß die Polen, deren Besucherzahl 400.000 Personen übertraf.

Polens Außenhandelsminister TRAMPCZYNSKI wies in seiner Eröffnungsansprache auf die Tatsache hin, daß sein Land zwar den Hauptteil seines Außenhandels mit den sozialistischen Ländern abwickelt, daß es aber trotzdem der Aufrechterhaltung und dem Ausbau seiner Handelsbeziehungen mit dem Westen größte Bedeutung beimißt.

Mit einigen westlichen Ländern verbinden Polen langjährige Handelsabkommen. TRAMPCZYNSKI sprach davon, daß gerade die Umsätze mit diesen Ländern sich in den verangenen Jahren stark erhöhen konnten. Der Minister wies darauf hin, daß man auf dieser Basis die wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen westlichen Staaten ausbauen sollte. Gewiß dachte er dabei an den westdeutschen Handelspartner, der sich zum großen Kummer der polnischen Wirtschaftslenker in der letzten Zeit weigerte, einen langjährigen Handelsvertrag mit Polen zu unterzeichnen.

Die westdeutsche Handelsdelegation stand in Posen im Zentrum des polnischen Interesses. Die polnischen Hoffnungen, daß sie konkrete Vorschläge für wirtschaftliche Gespräche brächte, haben sich zum Leidwesen der Gastgeber nicht erfüllt. Polen konnte lediglich einige Abschlüsse mit westdeutschen Firmen tätigen. Am Schlußtag der Messe stand die Bundesrepublik an dritter Stelle bei polnischen Exportabschlüssen (hinter der SU und der CSR, vor der "DDR") und auf dem fünften Platz bei den polnischen Importumsätzen (hinter der CSR, der "DDR", Großbritannien und der Sowjetunion).

2) Technischer Fortschritt zwischen Spaten und Automaten

Die parteiantliche "Trybuna Ludu" am 4. Juni setzt sich mit Wirtschaftlern auseinander, die bei der Verwirklichung des technischen Fortschritts nur daran denken, die Produktionswerke in Polen mit modernen Maschinen auszustatten. Wenn es nach diesen Leuten ginge, behauptet das Blatt, würde man alle Maschinen entfernen, die vielleicht nicht den Herstellungsstempel der letzten Jahre tragen, aber voll leistungsfähig sind und für das Wohl der Volkswirtschaft noch lange Jahre arbeiten könnten.

Indessen soll die Mehrzahl der in der USA arbeitenden Werkzeugmaschinen ein Alter von 20 -30 Jahren haben, während die Hauptmasse des polnischen Werkzeugmaschinenparks jüngerem Datums ist. Trotzdem kann die USA das führende Land auf dem Gebiete der Automation sein, weil diese das gleichzeitige Vorhandensein der älteren Maschinentypen nicht ausschließt.

"Es gibt ein primitives Werkzeug, dem wir alles was auf der Erde jemals gebaut wurde, verdanken. Dieses Werkzeug heißt Spaten und es wird sich auch in der Zukunft erhalten, auch wenn ihm verschiedene Maschinen starke Konkurrenz machen. Das Fahrrad wird wohl noch viele Jahre neben den letzten Produkten der Autoindustrie und neben den Weltraumraketen bestehen bleiben. Das gilt auch für zahlreiche Maschinen, die nur scheinbar überaltert sind.

Die Automation kann nur komplexartig eingeführt werden. Ein auf Automation hergerichtetes Produktionswerk kann nur dank mit voller Leistung arbeiten, wenn die gesamte Zubringerindustrie auf ähnlicher Basis arbeitet.

Wo das nicht der Fall ist, arbeiten die Fabriken rentabler, die mit herkömmlichen Maschinen ausgestattet sind. Sonst wird eine Situation entstehen wie in Warschau, wo man vor einigen Jahren supermoderne Schnellstraßenbahnen eingesetzt hat, die aber langsam fahren müssen, weil auf denselben Schienen in der Mehrzahl alte Triebwagen verkehren, die nicht überholt werden können. Der Langsamste diktiert also das Tempo."

Im übrigen, meint das Parteiblatt, liegt der Kernpunkt der Sache noch woanders. Auch wenn in sämtlichen Fabriken Polens modernste Automaten installiert würden, könnte das die Produktion nicht auf den höchsten Stand bringen, wenn die Bedienung dieser Automaten nicht entsprechend qualifiziert ist. Das Blatt erinnert in diesem Zusammenhang an den Ausspruch des sowjetischen Volkswirtschaftlers STRUMILIN, der meinte, daß am rentabelsten die Gelder investiert werden, die für die Schulung der Kader verwendet werden.

III. Soziale Probleme

1) Was taugt ein Fragebogen

Hat Meinungsforschung mit Hilfe von Fragebogen irgendwelchen Wert für die soziologische Wissenschaft? Darüber diskutierte man einige Wochen lang in der Wochenzeitschrift "Polityka", wobei sowohl Gegner als auch Befürworter dieser Methode zu Wort kamen.

Die absolute Verlässlichkeit der Angaben, die man durch Umfrage mit Hilfe des Fragebogens bekommen kann, ist auch dort umstritten, wo diese Methode seit einigen Jahrzehnten angewandt wird. In Polen ist sie nur ein paar Jahre alt. Vor Oktober 1956, im stalinistischen Polen, galt jeder Versuch, die Meinung der Massen zu erforschen, als suspekt. Mit Recht erwartete man davon nichts Gutes für die Machthaber.

Als entschlossener Gegner des Fragebogens zeigte sich der Chefideologe GOMULKAS, Adam SCHAFF, Mitglied des Zentralkomitees der Partei und Professor der höchsten Parteischule. Nach Meinung SCHAFFs könnte der Fragebogen höchstens als Instrument der Sondierung zur Gewinnung konkreter Informationen betrachtet werden, niemals aber als Grundlage einer Analyse der Anschauungen, der ideologischen Überzeugungen. Gegenstand der soziologischen Forschung dürfen "objektive soziologische Prozesse" sein, deren Schöpfer mit Bewußtsein ausgestattete Menschen sind. Soziologie darf sich dagegen nicht lediglich mit "subjektiven" Äußerungen dieses Bewußtseins befassen.

Noch radikaler sprach sich gegen die so von ihm genannte "Fragebogensucht" Jerzy WIATR aus. Meinungsforschung mit Hilfe des Fragebogens bedeutet, daß man die soziale Wissenschaft nur auf das Verhalten der Individuen beschränkt, wogegen man die Probleme, die sich nicht in die Kategorien des individuellen Verhaltens einreihen lassen, einfach ignoriert.

Ganz anderer Meinung darüber ist ein Soziologieprofessor, Stanislaw OSSOWSKI, Für ihn gibt es keine Alternative, ob man objektive soziologische Prozesse oder subjektive Äusserungen des Bewußtseins erforschen soll. In dem Augenblick, in welchem die "subjektiven Äusserungen des Bewußtseins" nach außen hin gelangt sind, müßten sie als "objektive soziale Tatsachen" anerkannt werden.

Der zweite Befürworter der Fragebogenmethode ist Wladyslaw BIENKOWSKI, einer der unabhängigsten Geister unter den polnischen Kommunisten. Nachdem er sich mit seinem ehemaligen Freund GOMULKA endgültig entzweit hat, bekleidet er den Posten des Vorsitzenden des Rates für Naturschutz (!) und ist nur ab und zu publizistisch tätig. BIENKOWSKI packte das Problem von der praktischen Seite her an, er stellt Mangel an Informationen über soziale Probleme fest. Auf vielen Gebieten tappt man völlig im Dunkeln. Die Methode des Fragebogens sei sicher nicht von absolutem Wert; leider habe man aber bis jetzt keine andere Methode erfunden, die bessere Ergebnisse geben würde. Diejenigen, die Fragebogen so entschieden ablehnen, sollten sich lieber überlegen, was sie an ihrer Stelle vorschlagen können. Abschliessend stellt BIENKOWSKI fest:

"Es scheint, daß die auf unvollkommenen Fragebogenmethoden aufgebauten Schlußfolgerungen für die praktischen gesellschaftlichen Zwecke keine schlechtere Basis sind, als Verallgemeinerungen, die sich auf reine Spekulation stützen..."

Ein weiterer Autor meint, daß man mangelhafte Anwendung einer Forschungsmethode nicht mit den Mängeln der Methode selbst identifizieren dürfe und warnt davor, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Er spricht die Befürchtung aus, daß die Frontalattacke auf die Fragebogenmethode als generelle Abkehr von den soziologischen Forschungen überhaupt verstanden werden könnte. Und damit trifft er wohl den Kern der Sache. Es gibt in der Partei GOMULKAs konservative Kräfte, die immer noch Soziologie als "kapitalistische Pseudo-Wissenschaft" betrachten und sie am liebsten völlig abschaffen würden.